

Geschichte



Deutsche Briefmarke von 2013 zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR: Der rechte der beiden abgebildeten Steinwerfer ist der West-Berliner Arno Heller, der damals am Städtischen Konservatorium Musik studierte.

VOLKSAUFSTAND AM 17. JUNI 1953

Der Anfang vom langen Ende der DDR

VOR 65 JAHREN: Der 17. Juni ist ein Schlüsselereignis in der deutschen und europäischen Nachkriegsgeschichte – Ausnahmezustand in erklärt 65 Städten erklärt



von Rolf Steininger*

Der Aufstand

Am Morgen des 16. Juni 1953 marschierten mehrere hundert Bauarbeiter der Stalinallee in Ost-Berlin mit einem Transparent: „Wir fordern Herabsetzung der Normen“ zum Sitz des Gewerkschaftsvorsitzenden. Dort angekommen, waren es schon 10.000 Demonstranten, die politische Forderungen stellten, etwa: „Wir wollen Freiheit, Recht und Brot, sonst schlagen wir die Bonzen tot.“ Informationen über die Ereignisse breiteten sich wie ein Lauffeuer in der gesamten DDR aus.

Die Unruhen erfassten schon bald mehr als 700 Orte in der DDR; in 593 Betrieben wurde gestreikt, die Zahl der Streikenden betrug über eine halbe Million. Es war ein Aufstand gegen die SED, mit der Forderung nach Abschaffung des Systems und freien Wahlen, also auch Wiedervereinigung.

Am 17. Juni, Mittwoch, wurde um 13 Uhr vom sowjetischen Militärkommandanten der Ausnahmezustand in Ost-Berlin verhängt, in weiteren 13 Bezirks- und 51 Kreisstädten in den folgenden Stunden. Schließlich galt das Kriegsrecht in 167 von insgesamt 217 Stadt- und Landkreisen. Sowjetische Panzer – allein in Ost-Berlin 600 – walzten den Aufstand nieder. Schusswaffen kamen in Ost Berlin sowie in den Bezirken Potsdam, Dresden, Leipzig, Halle und Magdeburg zum Einsatz. Es gab insgesamt 125 Tote.

Im Führungsgremium der SED herrschte in den Tagen des Aufstandes ein desolater Zustand. Die Genossen waren handlungsunfähig und brachten sich bei den Sowjets in deren Hauptquartier Karlshorst in Sicherheit. Umso härter schlugen sie zurück, nachdem sowjetische Panzer die Kontrolle wiederhergestellt hatten: Bis zum 22. Juni wurden 6750 Personen in Ost-Berlin und in der DDR verhaftet, 1600 verurteilt; 20 Todesurteile wurden vollstreckt.

Gründe für den Aufstand

Wie war es zu diesem 17. Juni gekommen?

Die DDR befand sich Anfang der 50er Jahre in einer tiefen inneren Krise, deren Ursachen auf die Politik der SED seit ihrer Gründung zurückzuführen waren. Die entscheidende Zäsur bildete der von SED-Chef Walter Ulbricht im Juli 1952 proklamierte „planmäßige Aufbau des Sozialismus“. Er bedeutete die radikale Veränderung der gesellschaftlichen Struktur in der DDR. Die Entwicklung, die die DDR bis dahin genommen hatte, sollte vertieft und beschleunigt, damit aber auch eine mögliche Annäherung an die Bundesrepublik oder gar eine Wiedervereinigung erschwert werden. Und dann fasste die SED Mitte Mai einen folgenschweren Beschluss, alle Arbeitsnormen in volkseigenen Betrieben um

mindestens 10 Prozent zu erhöhen – bei gleich bleibendem Lohn. Es kam zu ersten Unruhen und Streiks. Die SED-Führung wurde daraufhin nach Moskau zitiert.

Die Sowjets äußerten ihre tiefe Beunruhigung über die entstandene Lage und forderten eine Kursänderung. Das Politbüro der SED beschloss daraufhin am 9. Juni den „Neuen Kurs“, ohne allerdings die Erhöhung der Normen zurückzunehmen. Die Arbeiter waren empört; entsprechend war ihre unmittelbare Reaktion, wobei die Forderungen teilweise bereits weitergingen: „Wir wollen keine Lohnkürzungen, wir wollen Butter statt Kanonen, weg mit der SED-Regierung, die Ausbeute der Arbeiterklasse. Freiheit!“ stand am 13. Juni im volkseigenen Betrieb „Optima Erfurt“ am Schwarzen Brett.

Kein „faschistischer Putsch“!

Der 17. Juni ist ein Schlüsselereignis in der deutschen und europäischen Nachkriegsgeschichte. Dieser Aufstand gegen die zweite deutsche Diktatur war der erste innerhalb des sowjetischen Imperiums. Jahrzehntelang lautete die Sprachregelung in der DDR, der 17. Juni sei ein von außen gesteuerter „faschistischer Putsch“ gewesen, der lange vorausgeplante „Tag X“. Wissenschaftlich durfte dieser Aufstand in der DDR allerdings nicht erforscht werden; Veröffentlichungen dazu gab es nicht. Das Ereignis wurde zu einem „Un-Datum“. Die Machthaber fürchteten bis zuletzt eine Neuaufnahme des Aufstandes.

Gerade deshalb versuchten sie, jede Erinnerung daran zumindest aus der öffentlichen Wahrnehmung zu tilgen. Wo in größeren Geschichtswerken das Geschehen der Chronologie nicht unerwähnt bleiben konnte, verkam seine Darstellung zu purer Propaganda und leeren Phrasen, die ritualmäßig wiederholt wurden.

Statt Waffen Lebensmittelpakete

Für all jene im Westen, die am bisherigen Kurs in der Deutschland- und Russlandpolitik festhalten wollten, war der 17. Juni geradezu ein Geschenk des Himmels, ein Beweis für die sowjetische Unterdrückungspolitik. Der Aufstand wurde gleichzeitig zum Lakmustr für die neue amerikanische Politik unter Präsident Eisenhower, die vom Kommunismus unterdrückten Völker zu befreien.

Trotz aller zuvor laut verkündeter Befreiungspolitik der Amerikaner hieß deren erste Reaktion allerdings zunächst: *keine Verschärfung der Situation*. Beispiel RIAS, der Rundfunk im amerikanischen Sektor von Berlin. Der Aufruf des Streikkomitees durfte nicht gesendet werden.

Das State Department sah im Aufstand zwar eine „ausgezeichnete Propagandamöglichkeit“, einen konkreten Plan, wie man reagieren sollte, gab es aber genauso wenig wie bei der Hohen Kommission (HICOG) in Bonn.



17. Juni 1953: Er war die erste Massenerhebung im Machtbereich der Sowjetunion und eines der Schlüsselereignisse, die den Gang der deutsch-deutschen Geschichte bis zur Einheit im Jahr 1990 mitbestimmt haben.



17. Juni 1953: Aufstand in der DDR. Washington schickt keine Waffen, sondern Lebensmittelpakete. Quelle: National Archives II, College Park, Maryland

Genauso wie die CIA hatte HICOG die Stabilität der DDR überschätzt. Noch am 2. Juni hatte man nach Washington gemeldet: „Es gibt gegenwärtig keinen Grund zu glauben, dass die Situation katastrophale Ausmaße annimmt oder dass die Regierung der DDR nicht in der Lage ist, eine Katastrophe zu verhindern.“ Man hatte sich getäuscht und war auf das, was kam, völlig unvorbereitet. Als der Stationschef der CIA in Berlin in Washington um Erlaubnis bat, angesichts der überwältigenden sowjetischen Feuerkraft die Aufständischen mit Waffen zu unterstützen, erhielt er die klare

Anweisung, „Sympathie und Asyl ja, aber keine Waffen.“

Warum das so war, zeigt die Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates in Washington am 18. Juni. Erst seit einiger Zeit wissen wir, was dort diskutiert wurde. Präsident Eisenhower engte Vertrauter und „Falke“, William H. Jackson, brachte das Problem auf den Punkt und stellte die entscheidende Frage: „Wie weit sind die USA bereit zu gehen, wenn es wirklich ernst wird?“ Die Sklaven der Sowjetunion hätten erstmals seit ihrer Versklavung das Gefühl, etwas tun zu können. Möglicherweise sei der Aufstand das Totengeläut für die

Auflösung des Sowjetreichs: „Schauen wir untätig zu oder helfen wir bei der Auflösung nach? Meine erste Frage lautet: Sollen wir die Ost-Berliner mit Waffen versorgen?“ Eisenhower: „Wenn das nur zum Abschlichten dieser Menschen führt, dann nicht. Wenn es eine echte Erfolgchance gibt, dann sollten wir es sehr wohl tun.“ Das Problem war nur, diese Erfolgchance richtig einzuschätzen. Für CIA-Direktor Allen Dulles war es dumm und gefährlich („foolish and dangerous“), Aufständische mit Waffen in Gebieten zu versorgen, wo sowjetische Truppen stünden. Am Ende wurden keine Waffen geliefert. Stattdessen gab es für 15 Millionen Dollar 5,5 Millionen Lebensmittelpakete für Ost-Berliner und DDR-Bewohner im Wert von fünf DM pro Person, die sie in West-Berlin an sieben Ausgabestellen abholen konnten.

Die Pakete demonstrierten westliche Solidarität mit der ostdeutschen Bevölkerung. „Sie wissen nun“, so ein amerikanischer Beobachter, „dass der Westen existiert, an sie denkt und hofft, dass sie eines Tages wieder frei sein werden. Dieses wichtige Projekt hat unsere Stellung im Kalten Krieg jetzt schon verbessert.“ Für Ernst Reuter war die Aktion „wie ein Artillerieangriff“.

Als Sowjets und SED begriffen, worum es bei den „Ami-Pa-

keten“ im Kern ging, griffen sie ein: Der Fahrkartenverkauf für Fahrten nach Berlin wurde gesperrt, der Personenverkehr auf Lastwagen und Autobussen nach Berlin unterbunden.

Langzeitwirkung

Wie tief der Schock der SED-Führung in den Knochen steckte und wie lange das Trauma wirkte, lässt sich an einigen dokumentierten Zitaten ablesen. Während der Unruhen in Polen 1980 forderte SED-Generalsekretär Erich Honecker im Gespräch mit dem polnischen Botschafter: „Die Arbeiter- und Bauernmacht muss verteidigt werden. Das sind unsere Erfahrungen aus dem Jahr 1953.“ Als Stasiminister Erich Mielke in einer Dienstbesprechung am 31. August 1989 fragte: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“, beruhigte ihn der so angesprochene Oberst: „Der ist morgen nicht, der wird nicht stattfinden, dafür sind wir ja auch da.“ Er sollte sich bekanntlich irren. In einer Stasi-internen Analyse einen Monat später hieß es bereits, sogar „progressive Kräfte“, darunter auch SED-Mitglieder, „sehen die DDR bereits in einer Situation wie kurz vor den konterrevolutionären Ereignissen am 17. Juni 1953“.

Das Ende der DDR

Der Aufstand des 17. Juni 1953 war gleichzeitig der Anfang vom langen Ende der DDR. Die Probleme, die zum Aufstand geführt hatten, wurden auch in den folgenden Jahren nicht wirklich gelöst; da half keine Mauer und auch keine Stasi. Der einzige Garant für den Machterhalt war die Sowjetunion, die bereit war, militärische Gewalt einzusetzen – wie in der DDR und später auch in Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei.

Die Sowjetunion unter Gorbatschow war dazu 1989 nicht mehr bereit. So holte der 17. Juni 1953 die SED-Genossen im Herbst 1989 ein. Vieles kam am Ende zusammen und führte zu dem, was wir „Wende“ nennen. Gorbatschows Perestroika war wohl mitentscheidend. Als die DDR-Bürger wieder auf die Straße gingen und diesmal die sowjetischen Panzer in den Kasernen blieben, war das zugleich das Ende der DDR. Die meisten ihrer Bürger wollten dann nur noch weg.

© Alle Rechte vorbehalten

■ Zur Person:

O. Univ.-Prof. Dr. Rolf Steininger war von 1984 bis zu seiner Emeritierung 2010 Leiter des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck.

Buchtipp: Michael Gehler/Rolf Steininger, „17. Juni 1953. Der unterdrückte Volksaufstand“, Olzog Edition im Lau Verlag, Reinbek 2018, 488 S., Bestellen: www.athesiabuch.it

